

Presstext:

Die Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission fordert:

„Rechte von Kindern und Jugendliche in Niedersachsen stärken – Niedersachsen braucht eine Kinder- und Jugendrechte-Strategie!“

Rechte von Kindern und Jugendlichen sind wichtiger denn je! - Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind auch oder trotz der Corona-Pandemie insbesondere zu beachten.

Hierzu stehen der Vorsitzende der Kinder- und Jugendkommission Johannes Schmidt und Professor Dr Wolfgang Schröder der Universität Hildesheim, Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums, zur Verfügung um über Empfehlungen zur Umsetzung für Kinder und Jugendliche zu diesem Thema zu informieren.

Die Kinder- und Jugendkommission befasst sich seit ihrer Gründung im Oktober 2018 intensiv mit den Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen. Die Verwirklichung von realer Beteiligung ist eine zentrale Forderung der Kinder- und Jugendkommission und dient gleichzeitig der Wahrung der Rechte von jungen Menschen in Niedersachsen.

Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen sind in Niedersachsen grundsätzlich bereits weitgehend rechtlich verankert. Diese Beteiligungsrechte werden bislang aber nicht ausreichend in der Praxis umgesetzt.

Dies betrifft insbesondere die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den unterschiedlichen politischen Entscheidungsprozessen. Darüber hinaus fehlt es flächendeckend daran, dass Kinder und Jugendliche alterskonform über ihre Rechte informiert werden und echte Beteiligung in ihrem Alltag ankommen kann. Kinder und Jugendliche benötigen einen alters- und entwicklungsgerechten Zugang zu realen Beteiligungsmöglichkeiten. Wichtig ist der Kinder- und Jugendkommission ebenfalls, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen in die Prozesse aus der Perspektive selbst betrachtet wird und diese einbezogen werden. Die Realisierung von Beteiligung ist als Querschnittsaufgabe anzusehen, in der sämtliche Bereiche zu betrachten sind, in denen junge Menschen ihr Leben gestalten. Auch eine bessere Vernetzung der Akteure vor Ort ist eine Chance, die in Niedersachsen erkannt und umgesetzt werden muss.

Um einen fundierten Überblick über die aktuelle Situation und den aktuellen Forschungsstand zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen zu erhalten, hat die Kinder- und Jugendkommission eine Sekundäranalyse zu Wünschen und Anliegen junger Menschen in Niedersachsen, insbesondere zu politischer Beteiligung, bei der Universität Hildesheim in Auftrag gegeben. Ziel war es, mit diesen Ergebnissen notwendige Handlungsbedarfe aufzuzeigen und konkrete Handlungsempfehlungen für die Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen zu entwickeln.

Diese Handlungsempfehlungen der KiJuKo sehen wie folgt aus:

Empfehlung der Kinder- und Jugendkommission: Niedersachsen braucht eine Kinder- und Jugendrechte-Strategie

Auf Grundlage der Analyse haben die Mitglieder der Kinder- und Jugendkommission über die Kinder- und Jugendrechte beraten und sind zu folgendem Entschluss gekommen:

In Niedersachsen gelten zwar sehr weitgehende rechtliche Verankerungen der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen. Wir stellen aber fest, dass diese Beteiligungsrechte nicht ausreichend im Alltag angekommen sind und in den unterschiedlichen politischen Entscheidungsprozessen, die Kinder und Jugendliche betreffen, ihren Widerhall nicht entsprechend finden. Kinder und Jugendlichen sollten zu aller erst alterskonform über ihre Rechte besser informiert werden und es müssen gesetzliche Maßnahmen an den Kinderrechten gemessen werden.

Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe haben eine umfassende Expertise in der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie in der Umsetzung von Kinderrechten geliefert. Eine bessere Vernetzung der Akteure vor Ort ist eine Chance, die in Niedersachsen erkannt werden muss.

Wie die Beteiligungsrechte im institutionellen Gefüge des Aufwachsens in ihrer Breite umgesetzt werden, können wir aufgrund der Datenlage nicht bewerten. Wie junge Menschen selbst die Verwirklichung ihrer Beteiligungsrechte einschätzen ist wissenschaftlich nicht erhoben. Damit wir in Niedersachsen die Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in ihrem Alltag weiter stärken können, brauchen wir mehr Wissen, wie diese aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen in den ganz unterschiedlichen Lebensbereichen ihres Alltags umgesetzt werden und was Kinder und Jugendliche über ihre Rechte selbst wissen.

Die Kinder- und Jugendkommission fordert daher **eine Kinder- und Jugendrechte-Strategie in Niedersachsen**, die folgende Elemente umfasst:

1. **Kommunale Kinder- und Jugendrechte-Orte**, die Kinder und Jugendliche entwickeln. An den Orten können sich Kinder und Jugendliche über ihre Rechte informieren und sie sind Anlaufstellen sowie Motoren für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei politischen Maßnahmen. Um diese Orte aufzubauen, braucht es eine Vernetzung von Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe, Kindergärten, Schulen, außerschulischen Jugendinitiativen und Jugendmedien, die gemeinsam ihre Strukturen und Expertise nutzen. Kinder und Jugendliche müssen in ihrer Vielfalt mit entsprechenden Methoden bei allen Maßnahmen partizipieren können – Kinderbeteiligung und Beteiligung benachteiligter Kinder und Jugendliche sind dabei besonders in den Blick zu nehmen. Digitale Methoden und Strukturen müssen von Anfang an selbstverständliche Elemente sein.
2. einen **Kinder- und Jugendrechte-Check** in der Gestaltungsphase politischer Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen (z.B. Gesetze, Verordnungen).
3. eine **repräsentative Befragung von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen**, in dem Wissen und die Verwirklichung von Kinder- und Jugendrechten sowie die Umsetzung der Strategie alle zwei Jahre untersucht werden. Die Erhebungsindikatoren werden mit jungen Menschen entwickelt.
4. ein **von Kindern und Jugendlichen erstellter Bericht zur Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte-Strategie** in jeder Legislaturperiode des Landtages. In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Strategie und die Befragungsergebnisse bewertet und analysiert. Dieser Bericht wird durch eine Organisation begleitet, die Erfahrungen

in partizipativer Forschung, aber zumindest Erfahrungen in Beteiligung mit Kindern und Jugendlichen, hat. Der Landtag berät diesen Bericht mit den beim Bericht beteiligten jungen Menschen öffentlich, um in weiterer Folge die Kinder- und Jugendrechte in Niedersachsen zu verbessern.

5. eine **landesweite vernetzende Struktur für die Umsetzung der Strategie** in Niedersachsen. Die Umsetzung dieser Struktur wird von der Kinder- und Jugendkommission begleitet.

Kontakt:

Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission

Vorsitzender: Johannes Schmidt

Geschäftsführerin Heike Bludau,

Telefon: 0511 89701-338, E-Mail: heike.bludau@ls.niedersachsen.de